Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Volkswirthschaft, Familienleben.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.72, im Ausland mit entsprechendem Botenlohn.
Annahme von Ankündigungen: Wochentags von Vorm. 8–7 Uhr Abends. Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags.
In Dresden: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachmittags.
Für Inserate Grundpreis (angenähert 8 Silben) 15 Pfg., für Vereinsnachrichten und Anzeigen 20 Pfg., Unterm Strich (Longet) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Für Aufnahme einzelner Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Die beste und billigste aller Hausseifen bleibt
„Triumph-Seife" mit der Schutzmarke „Sonne".
In allen besseren Seifen- und Colonialwaarengeschäften zum Preise von 10 Pfennigen pr. Stück erhältlich.

Hugo Borack
Hoflieferant
Altmarkt, Seestrasse I.
Filiale: Marienstrasse 15
(Eingang: Antonsplatz).
Ball-Strümpfe, Kragen, Shawls, Handschuhe, Ueberschuhe.
Tricots für Kostüme.

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Oelfarben in Tubes für Kunst- und Decorationsmalerei.
Aquarellfarben trocken, halbfeucht und in Tafeln.
Carl Tiedemann, Hoflieferant
Altstadt: Marienstrasse 10, Amalienstrasse 18.
Neustadt: Heinrichstrasse, „Stadt Görlitz".

Aut Optimum aut nihil!
Schlick & Hinkelmann
Amalienstrasse 12.

Vernickelung aller ärztlicher, zahnärztlicher, thierärztlicher und sonstiger Instrumente.
Fernsprech-Amt I, Nr. 1606. Otto Büttner, Falkenstrasse 1–3. Fernsprech-Amt I, Nr. 1606.

Nr. 69. Spiegel: Invalidenunterstützungen. Hofnachrichten. Oberbürgermeister Dr. Stübel †. Sonntagsruhe im Gewerbe. Kreuzkirche. Sportwoche. Internationale Gartenbauausstellung. Lebende Bilder (Schluß).

Wahrscheinliche Witterung: Heiter, trocken, Frost.

Sonntag, 10. März.

Politisches.

Der Anblick unserer Armee, dieses mächtigen Organismus, den ein einheitlicher Wille zum Heile des Ganzen lenkt, erregt mit Fug und Recht die erhabensten Empfindungen in der Brust jedes vaterländisch gesinnten Deutschen und der nationale Geist facht seine Lebensflamme auf's Neue an, wenn er des Volkes in Waffen, der Helden gedenkt, die in selbstloser Hingebung die schwersten Lasten des militärischen Dienstes ertragen und Soldaten sind im strengsten Sinne des Wortes, jeden Augenblick bereit, die Pflugschaar stehen zu lassen, die Feder, das Handwerkszeug oder ihr Amt niederzulegen, um ohne Verzug mit echt soldatischer Bravour den Civilisten auszuziehen und vom Scheitel bis zur Sohle Militärs zu sein, solange der Pflicht geheiligtes Gebot sie an das starre Kommando fesselt. Das ist wohl ein kernfestes Bild, das geeignet ist, Stolz und Freude an dem nationalen Gedanken zu erwecken und mit Zuversicht gegen alle Wetterschläge der Zukunft die Herzen zu erfüllen. Es ist aber zugleich auch ein so glanzvolles Bild, daß es die Augen des Beschauers blendet und sie unempfindlich macht gegen die ernste Mahnung, die ein stiller Jammer, ein schweigend geduldetes Elend daneben an die Nation richtet. Die Invaliden sind's, die Wittwen und Waisen der Braven, die auf den Schlachtfeldern Frankreichs geblutet und uns des Reiches Herrlichkeit erkämpft haben, die die Staffage des zweiten Bildes ausmachen. Aus dem Klirren der Waffen, aus dem taktmäßigen Tritte der Bataillone, aus den schmetternden Klängen der Märsche tönt die Klage der Invaliden und Wittwen an das Ohr der Nation: „Warum habt Ihr uns vergessen?" Sie verstehen nicht, sich laut bemerklich zu machen, diese Aermsten, aber wenn die Nation nur hören wollte, so könnte sie doch sehr wohl verstehen, was die Stimme bitterer Noth ihr erzählt. Fünfundzwanzig Jahre lang ist den Invaliden und den Wittwen der Gefallenen ihr Recht nicht geworden. Will das deutsche Volk die 25jährige Jubelfeier jener großen Zeit begehen, ohne diese alte schwere Schuld einzulösen? Das darf nicht sein! Inmitten des Festesjubels, der heranbraust, muß laut und immer lauter die Mahnung wiederholt werden: „Deutsches Volk, gedenke Deiner Invaliden und der Wittwen Deiner gefallenen Helden!"

Die derzeitigen Pensionen der Offiziere niederen Grades, vor Allem aber auch der Unteroffiziere und Mannschaften sind so überaus geringfügig, daß Einem das Herz zusammenkrampft bei dem Gedanken, daß solche geradezu das Ehrgefühl beeinträchtigenden Unterstützungen Männern geboten werden, die ihr Blut im Dienste des Vaterlandes verspritzt und sich die Glieder von den feindlichen Geschossen haben zerschmettern lassen. Viele schleppen sich als Krüppel oder als Sieche durch's Leben, aber schwerer noch als die körperliche Beschwerde wiegt die Last des Bewußtseins, daß die Nation keine Mittel zu finden weiß, um sie wenigstens vor der rauhen Sorge des täglichen Lebens zu schützen. Als die Sammlungen für die Hinterbliebenen der bei dem Unglück auf der „Brandenburg" um's Leben Gekommenen eine erfreuliche Höhe erreichten, regte die „Köln. Ztg." an, man solle einen Theil des Geldes für die hinterbliebenen Opfer früherer ähnlicher Katastrophen verwenden, mit der ausdrücklichen Motivirung, daß die Lage dieser Elemente beklagenswerth sei, weil die gesetzlich zur Verfügung stehenden Mittel in keiner Weise zureichten, um ihnen eine auskömmliche Existenz, wenn auch innerhalb der bescheidensten Grenzen, zu sichern. Leider scheint die damalige Anregung ohne Erfolg geblieben zu sein. Man muß aber noch einen Schritt weitergehen und fragen: „Wie ist es möglich, daß für Männer, die im Dienste des Vaterlandes invalid geworden sind, und für die Hinterbliebenen von Männern, die im Dienste des Vaterlandes ihr Leben gelassen haben, überhaupt gesammelt werden muß? Ist die Nation so arm, daß sie ihre Invaliden und Wittwen nicht selbst anständig versorgen kann?" Fast scheint es so, wenn alle Bestrebungen zur Besserung der Lage dieser unglücklichen Edlen immer wieder mit einem bedauernden Achselzucken und dem Hinweis abgefertigt werden, daß keine Mittel zu diesem Zwecke verfügbar seien.

Es müssen aber Mittel herbeigeschafft werden; denn die jetzigen Zustände schreien zum Himmel. Oder will sich vielleicht eine Stimme finden, die einen milderen Ausdruck für die Thatsache hat, daß die Wittwe eines gefallenen Landwehrmannes etwas mehr als 3 M. wöchentlich (!) zum Lebensunterhalt erhält. Dagegen ist ja die Lage einer Generalswittwe, die wöchentlich 28 M. bekommt noch ein glänzendes Loos zu nennen. Die „Köln. Ztg." hat das Verdienst, auf diese Mißverhältnisse neuerdings hingewiesen zu haben. Dabei bringt das Blatt gleichzeitig einen anderen Uebelstand zur Sprache, der auf das natürliche Gerechtigkeits- und Nationalgefühl so überaus abstoßend wirkt, daß man ordentlich erleichtert sein würde, wenn man es anstatt mit einer leider unzweifelhaften Thatsache mit einer gehässigen Entstellung zu thun hätte. Das Deutsche Reich hat nämlich in dem Frankfurter Friedensvertrage die Verpflichtung übernommen, die Pensionen der im Reichslande sich aufhaltenden französischen Offiziere und Mannschaften sowie ihrer Wittwen zu bestreiten. Auf Grund dieser Vertragsbestimmung beziehen die französischen Generalswittwen Pensionen bis zu 4000 M., die Wittwen der französischen Unteroffiziere und Mannschaften solche von 250–400 M. im Jahre. Und dagegen halte man nun die armseligen Unterstützungen, die unseren eigenen Invaliden und den Wittwen unserer eigenen Gefallenen zu Theil werden! In der That, das sind Zustände, die eines großen Volkes unwürdig sind. Alle Welt führt die sprichwörtlich gewordene Geldfülle unserer Tage im Munde. Nun wohl! Möge die Nation einen Griff in diese Fülle thun und ihren darbenden Invaliden und Kriegerwittwen endlich das geben, was ihnen von Gott und Rechtswegen gehört — so oder so. Wo Millionen um Millionen in den heutigen Budgets aus der Erde gestampft werden, da spielen die paar Hunderttausende, um die es sich hier handelt, nimmermehr eine Rolle.

Für die Mannschaften des stehenden Heeres wird von den gesetzgebenden Faktoren eine Sorgfalt entwickelt, die nicht hoch genug anerkannt werden kann. Der Soldat soll u. A. in Zukunft auch sein warmes Abendbrot haben. Mit Freuden wird diese Verbesserung der Lebenshaltung der Mannschaften sicherlich von den nationalen Parteien bewilligt werden, weil sie sich längst als eine Nothwendigkeit herausgestellt hat, die durch die Verschärfung der Anstrengungen des Dienstes geboten wird. Wenn aber für solche Ausgaben sich die erforderlichen Mittel finden, so müssen sie sich auch finden lassen für die Befriedigung von Forderungen, bei deren Erfüllung die nationale Ehre engagirt ist. Reicht der bestehende Invalidenfonds dazu nicht aus, gut, so muß er eben aufgebessert werden. Dann ist es immer noch erträglicher, daß man die Schuldentilgung im Reiche aufschiebt und die nach Durchführung der Reichsfinanzreform für diesen Zweck berechnete Quote zur Erleichterung des Looses der nothleidenden Invaliden und Krieger-Wittwen verwendet, als daß sich die Nation weiter mit der stillen Anklage belastet, die das harte Schicksal dieser Unglücklichen gegen die nationale Gerechtigkeit des Deutschen Reiches richtet. Ueberdies wird berichtet, daß der Invalidenfonds in dem Etat 1895/96 um mehr als 800,000 M. gegen den laufenden Etat entlastet sei. Was in aller Welt hindert denn die Regierung und den Reichstag, zunächst wenigstens diese Mittel verfügbar zu machen? Wenn doch in diesem einen Falle, bei dem so heilige und ehrwürdige Interessen auf dem Spiele stehen, der Reichstag einmal ausnahmsweise von jener elenden Pfennigfuchserei lassen wollte, die, großgezogen in dem Getriebe einer bureaukratischen Rechnungskleinwelt, fälschlich als der Ausdruck einer wahrhaften weisen Sparsamkeit angesehen wird. Unter 1 Mark für den Tag sollte bei den jetzigen Preisen der Lebensmittel überhaupt keine Invaliden- oder Wittwenpension ausgeworfen werden. Die Wittwenpensionen insbesondere erfordern außerdem eine möglichst weitherzige Berücksichtigung der wirthschaftlichen Lasten, die der Wittwe durch den Unterhalt unmündiger Kinder erwachsen. Die Pensionsgesetzgebung muß an den hier in Frage kommenden Punkten grundsätzlich revidirt werden, damit nicht nur die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit und Gegenwart ausgelöscht, sondern die vorhandenen Mißstände auch für alle Zukunft aus der Welt geschafft werden. Das Jahr 1895 rüstet sich zu großen nationalen Festlichkeiten. Wenn aber der Adler zur Sonne fliegt, so soll er Derer gedenken, die ihm mit ihrem Herzblute und Herzwehe die Schwingen gestärkt haben. Darum, deutsches Volk, thue Deine Pflicht auch gegenüber Deinen Invaliden und gegenüber den Wittwen Deiner Todten, die in den Todesschlaf sanken, um Dich einig, groß und stark zu machen! Dulde nicht, daß die heilige Flamme der Dankbarkeit in Deinem Herzen erlischt, und laß die Invaliden und Wittwen nicht voll Bitterkeit in Deinen Festesjubel rufen: „Den Todten gabst Du Steine, Germania, aber kein Brot den Lebenden!"

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 9. März.

Berlin. Reichstag. Zur Berathung stehen die einmaligen Ausgaben des Militäretats. — Referent Abg. Gröber (Centr.) führt aus, die Budgetkommission habe zwar bei dem außerordentlichen Etat nichts gestrichen, weil es sich doch nicht um Neubauten, sondern nur um Fortsetzung früher begonnener Bauten handle, dagegen habe sie mit Rücksicht auf die Finanzlage von den 49½ Mill. M. Ausgaben im ordentlichen Etat 10½ Mill. M. gestrichen, wozu noch ein entsprechender Betrag bei der bayrischen Quote komme. Die Gesammtsumme der zur Garnisonverwaltung gehörigen Bauten beläuft sich gegenwärtig auf 128 Mill., wovon etwa 40 Mill. auf den jetzigen Etat entfallen, während der Rest schon früher bewilligt worden ist. Für Neubau und Ausstattung einer Kaserne in Halberstadt sind auf die erste Rate 15,000 Mk. gefordert, doch von der Kommission gestrichen. Ein Antrag Rimpau will die Position wiederherstellen. Nachdem der Antragsteller seinen Antrag begründet, ersucht auch Generalmajor v. Gemmingen um Bewilligung des Titels. — Abg. Richter (freis.) bittet, es bei der Streichung zu belassen, man dürfe sich nicht durch die Geringfügigkeit der ersten Rate beirren lassen, da diese nur für den Entwurf gefordert sei, aber natürlich weitere Forderungen nach sich ziehe. Der Antrag Rimpau wird gegen die Nationalliberalen und einzelne Konservative abgelehnt. Für eine Kavallerie-Kaserne in Torgau sind 150,000 Mk. ausgeworfen, aber von der Kommission gestrichen. Ein Antrag v. Massow will Bewilligung der Position. Der Antrag, welcher von dem Antragsteller befürwortet wird und für den auch Generalmajor v. Gemmingen eintritt, wird auch vom Abg. Lieber im Namen einer Anzahl seiner Freunde unterstützt, dagegen von den Abgg. Günther-Naumburg, Ritter-Merseburg und Richter bekämpft und sodann abgelehnt; auch die Konservativen stimmten gegen die Bewilligung, doch erklärte Abg. v. Manteuffel hinterher, daß auf der rechten Seite die Fragestellung nicht richtig verstanden worden sei. Für eine Infanterie-Kaserne in Worms sind noch vier Grunderwerbe und als erste Baurate 600,000 Mk. gefordert, aber von der Kommission gestrichen. — Abg. Heyl zu Herrnsheim (natlib.) beantragt die Bewilligung von 400,000 Mk. Abg. Hammacher schlägt vor, den Titel behufs nochmaliger Prüfung an die Budgetkommission zurückzuverweisen. Nach kurzer Debatte beschließt das Haus gemäß der Vorschläge Hammachers. Für Vergrößerung des Feld-Artillerie-Schießplatzes Lockstätt zu einem Korpsübungsplatze sind 1,221,000 Mk. gefordert und von der Kommission gestrichen. — Abg. Graf zu Inn- und Knyphausen (kons.) beantragt, auch diese Position an die Kommission zu verweisen. Bei Ablehnung derselben setzte man sich dem aus, für die benöthigten Ländereien später noch mehr zu bezahlen als jetzt. — Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff bittet um Bewilligung. Von allen Armeekorps sei das 9. in Bezug auf die Uebungsplätze am ungünstigsten gestellt, es handele sich also hier um einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Unrichtig sei namentlich auch die in der Kommission laut gewordene Annahme, daß die Preisforderungen für die benöthigten Gelände zu exorbitante seien. — Abg. Richter (freis.): Das Alles sind keine näheren Gründe. Wir haben ja auch nichts dagegen, allmählich für alle Korps ausreichende Uebungsplätze zu schaffen, nur daß man nicht so, wie es hier geschehen soll, ein einzelnes Jahr zu sehr mit den Kosten dafür belastet. Bei der von der Kommission genehmigten Forderung für Arbeiter-Wohnungen in den Militärwerkstätten in Spandau wirft Abg. Schalk den Sozialdemokraten vor, in der Kommission diese Forderung trotz ihres für die Arbeiter wohlthätigen Zwecks bekämpft zu haben. — Abg. Singer (Soz.) stellt demgegenüber seine Bedenken gegen diese Arbeiter-Wohnungen dahin fest, die Wohnungsverträge seien für die Arbeiter insofern ungünstig, als sie bei der Entlassung aus der Arbeit auch ohne Weiteres die Wohnung räumen müßten, auch können die Wohnungen nach der erst neulich vom Kriegsminister verkündeten Ordnung doch nur den Ordnungsarbeitern in Gute, sodaß diese zur Heuchelei geführt würden; endlich seien diese Wohnungen nicht so eingerichtet, wie das Interesse der Arbeiter es erheische. — Minister v. Bronsart: Ich will die politische Freiheit der Arbeiter nicht antasten, aber ich würde pflichtvergessen handeln, wenn ich Sozialdemokraten anstellen ließe, also Leute, welche auf Geheiß eines Tritten die Arbeit niederlegen. Schon im Frieden würde uns das in Verlegenheit bringen, um wieviel mehr bei politischen Spannungen und vor einer Mobilmachung. — Abg. Pachnicke: Die Sozialdemokraten haben oft genug erklärt, daß auch sie ihr Vaterland lieben und im Kriegsfalle zur Stelle sind und die Arbeit nicht niederlegen werden. Für die Arbeiterwohnungen haben die Arbeiter selber jedenfalls wenig Sympathie, auch wird durch den Bau dieser Wohnungen die Kommune Spandau geschädigt. — Abg. Singer (Soz.): Nach den Erklärungen, die die Sozialdemokraten stets abgegeben haben, kann doch der Minister selber nicht an die Gespenster glauben, die er hier vermalt. Die Arbeiter verstehen es jedenfalls nicht, wenn sie wegen ihrer politischen Gesinnung aus Lohn und Brot kommen. Die Position wird bewilligt. — Bei Position 400,000 Mk. als erste Rate für eine Kaserne in Straßburg, welche von der Kommission bewilligt ist, hält Abg. Richter, nachdem vorhin zwei gestrichene Titel an die Kommission zurückverwiesen worden sind, es für richtig, auch der Kommission Gelegenheit und Spielraum zu geben, bereits erfolgte Bewilligungen wieder zurückzuziehen. Er beantragt daher, die vorliegende Position an die Kommission zurückzuverweisen. Dieser Antrag wird angenommen. Der Rest des Etats wird ohne Debatte nach den Anträgen der Kommission erledigt. — Vom sächsischen Etat werden gestrichen: 50,000 Mk. als erste Rate für den Bau und die Ausstattung eines Gebäudes für das Kriegsarchiv in Dresden und 1850 Mk. für neueinzurichtende zwei Bezirkskommandos und zwar zur Beihilfe zur Errichtung von Geschäftszimmern u. s. w. Die Forderung von 2 Mill. Mk. zur Vergrößerung von Einrichtungen des Artillerie-Schießplatzes bei Zeithain wurde um 500,000 Mk. gekürzt. Für den Neubau eines Garnison-Lazareths in Borna wurden als erste Baurate anstatt 90,000 Mk. nur 50,000 Mk. bewilligt. Gestrichen wurden 136,000 Mk. zum Neubau und Ausstattung eines Ergänzungs-Schulgebäudes für das Kadettenkorps in Dresden und 4000 Mk. zur Beschaffung der ersten Bekleidungsausrüstung aus Anlaß der Etatserhöhung bei dem Kadettenkorps in Dresden. Die Forderung für die Garnisonkirche in Dresden wurde nach kurzer Befürwortung durch den sächsischen Militärbevollmächtigten bewilligt. — Montag: Resolution zum Militäretat, Postetat.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus erledigte das Extra-Ordinarium des Bauetats. Die Forderung einer ersten Rate von 1 Million Mark zur Erweiterung des Oder-Spree-Kanals wurde vom Abg. Ring (kons.) angegriffen. Man solle lieber die Uebelstände an dem Kanal beseitigen, durch welche die Anlieger mehr geschädigt werden. — Geh. Rath Wiebe entgegnete, daß diese Uebelstände theils von den Anliegern selbst verschuldet, theils mit dem Kanal unvermeidlich waren. — Minister Thielen theilte mit, daß der Oder-Spree-Kanal nach Abzug der Unterhaltungskosten eine Kapitalverzinsung von 0,97 Prozent ergebe, also mehr, als wie je von einer Kanal-Anlage erwartet worden sei. — Abg. Gothein (freis. Ver.) rechnet auf eine Verzinsung des Kanals nach dessen Erweiterung auf 3 Prozent. Nach längerer Debatte wurde die Forderung genehmigt. — Auf eine bezügliche Anfrage des Abg. Jürgensen theilte Minister Thielen mit, daß die Regierung dem Schutze der Halligen wärmeres Interesse zuwende, da mit dem Schutze der Insel zugleich eine Schutzwehr für das Festland geschaffen werde. — Bei der Position zum Baue eines neuen Landtagsgebäudes wurde mitgetheilt, daß das Abgeordnetenhaus voraussichtlich 1897 die neuen Räume in Benutzung nehmen könnte. — Montag: Steuern.

Berlin. Anläßlich des heutigen Todestages Kaiser Wilhelm I. wurden schon in früher Morgenstunde kostbare Kranzspenden im Mausoleum zu Charlottenburg niedergelegt, als erste, wie alljährlich, die der Großherzoglichen Töchter. Außer dem Kranze der Großherzogin von Baden hatte das 1. Garde-Regiment zu Fuß und das Husaren-Regiment König Wilhelm I. (rheinisch Nr. 7) in Bonn ihre Kranzspenden bis 10 Uhr Vormittags dargebracht. Gegen 10½ Uhr fuhren der Kaiser und die Kaiserin vor dem Mausoleum vor, begaben sich in die Gruft und legten einen kostbaren Kranz am Sarge des kaiserlichen Großvaters nieder, lange Zeit daselbst im stillen Gebete weilend. — Das deutsche Konsulat an der Delagoabai wird künftig durch einen Berufskonsul statt eines Wahlkonsuls besetzt werden. Für diesen Posten ist der frühere Konsul in Kamerun, Graf Markus Pfeil, zunächst kommissarisch ernannt worden. Derselbe ist bereits von hier abgereist und wird sich in der nächsten Woche auf dem Reichsdampfer „Reichstag" nach Afrika einschiffen. — Die Umsturzkommission des Reichstages nahm heute den sogenannten Militärparagraphen an. — Auf der sächsischen Gesandtschaft werden Sonnabend den 23. März und Sonnabend den 30. März zwei große Abendempfänge stattfinden.

Berlin. Zur Demission des bisherigen Oberpräsidenten Grafen Stolberg erfährt die „Köln. Ztg.", daß Graf Stolberg, gleich nachdem er sich für den Antrag Kanitz ausgesprochen hatte, aufgefordert wurde, bis zum 5. März sein Entlassungsgesuch einzureichen, wobei sehr ungnädige Aeußerungen des Kaisers gefallen seien. — Das vom Nationalliberalen Vereine in Berlin zum 80. Geburtstage des Fürsten Bismarck in Aussicht genommene Festmahl, zu welchem die Mitglieder des Vereins, alle Parteigenossen und politische Freunde eingeladen sind, findet am 1. April im Kaiserhofe in Berlin statt. Mehr als 60 Reichstags- und Landtagsabgeordnete haben ihre Theilnahme in Aussicht gestellt. — In der Budget-Kommission des Reichstages fragte Abg. v. Arnim

Photographie-Atelier „Adele"
Garantirt künstlerische Ausführung von Portraits: Gruppen
II Strehener Platz 11. Pferdebahnlinie 6 & 11.